

POLITISCHER HINTERGRUNDBERICHT

Projektregion: Westafrika
Datum: 27. August 2014

Demografie und Entwicklung in Westafrika

Die Zahlen eines wirtschaftlichen Aufschwungs, der den afrikanischen Kontinent zu erfassen scheint, stehen in krassem Gegensatz zu den aktuellen Krisen in Sub-Sahara-Afrika mit überwiegend terroristischem Hintergrund.

Das Büro der Hanns-Seidel-Stiftung in Westafrika wird in einer informellen Reihe von Analysen die verschiedenen Ursachen dieser Entwicklung beschreiben. In diesem ersten Teil geht es um die Frage, ob die demographischen Strukturen für den afrikanischen Kontinent Fluch oder Segen bedeuten.

In Sub-Sahara Afrika gebären Frauen im Schnitt 5,1 Kinder. Heute leben hier 1,1 Milliarden Menschen. Laut Prognosen der Vereinten Nationen wird sich die Bevölkerung in dieser Region bis 2050 verdoppeln und bis zum Ende dieses Jahrhunderts sogar vervierfachen. Dies bedeutet einen doppelt so hohen Verbrauch von Wasser, Lebensmitteln und Bedarf an Wohnraum, um nur die grundlegendsten Bedürfnisse zu nennen.

Besonders in Westafrika, einer der instabilsten und ärmsten Regionen der Welt, gibt das durchschnittliche jährliche Bevölkerungswachstum von 2,7 Prozent Anlass zu Sorge. Zwar ist die Region mit einem prognostizierten Wirtschaftswachstum von 7,2 Prozent für 2014 die am schnellsten wachsende auf dem afrikanischen Kontinent. Doch wird dies nicht ausreichen, um die immer größer werdende Bevölkerung zu versorgen. Welche Konsequenzen hat ein unkontrolliertes Bevölkerungswachstum für die Entwicklung dieser Länder? Wie lässt sich dieser Trend aufhalten? Können die Nachbarn in Asien ein Vorbild sein?

Aus seiner demographischen Wende hat China, dessen Bevölkerungswachstumsrate seit Jahren unter einem Prozent liegt, einen ökonomischen Vorteil gezogen. Durch die Einführung der umstrittenen Ein-Kind-Politik 1979 konnte das Land sein Bevölkerungswachstum bedeutend senken. Das demografische Bild der chinesischen Gesellschaft hat sich seitdem drastisch verändert: Es gibt weniger Kinder und der Anteil der erwerbstätigen Bevölkerung ist gestiegen. China nutzte die Chance und leitete einen rasanten wirtschaftlichen Aufschwung ein.

Beim Nachbarn Indien liegt der Fall anders: Ohne staatliche Eingriffe in die demografische Entwicklung hat sich die Bevölkerung seit 1950 mehr als verdreifacht. Erst nachdem es gelungen war, das Bevölkerungswachstum durch staatliche Initiativen stetig zu verlangsamen, konnte eine Verbesserung der wirtschaftlichen Situation des Landes eingeleitet werden.

Die demographische Dividende

Die meisten Schwellenländer haben, was ihre demographische Entwicklung und Zusammensetzung angeht, einen ähnlichen Weg beschritten. Die Rede ist vom demographischen Wandel, der mit einer Senkung der Sterblichkeits- und Fertilitätsrate einhergeht. Da die Sterblichkeitsrate bei Kindern auch sinkt, bewirkt dies einen Babyboom, der sich in 15 bis 20 Jahren in einen höheren Anteil an Erwerbstätigen auswirken wird. Auf diese Weise eröffnet sich einem Land die Chance, von einer „demografischen Dividende“ zu profitieren: Während der Anteil der Menschen im erwerbsfähigen Alter steigt, muss jeder Einzelne weniger für wirtschaftlich Abhängige wie Kinder und alte Menschen leisten und kann sein Einkommen sparen oder investieren, was wiederum die wirtschaftliche Entwicklung fördert.¹ Dies trifft auf Ost- und Südostasien zu. Hier ist es gelungen, die Sterblichkeits- und Fertilitätsraten deutlich zu senken und so einen wirtschaftlichen Aufschwung einzuleiten. Zwischen 1965 und 1990 ist der Anteil der Erwerbsfähigen in dieser Region fast vier Mal so schnell gewachsen wie der Anteil wirtschaftlich Abhängiger. Viele Wissenschaftler, darunter auch der international anerkannte Harvard-Ökonom David Bloom, schreiben ein Drittel des ökonomischen Wunders in Ost- und Südostasien dieser demografischen Veränderung zu.²

In den westafrikanischen Ländern passiert zurzeit das Gegenteil: Das rapide Bevölkerungswachstum lässt das wirtschaftliche Wachstum verpuffen, eine demografische Dividende ist nicht in Sicht.³ Die Verwendung von modernen Verhütungsmethoden in Westafrika gehört zu den geringsten der Welt⁴ und staatliche Familienplanungsprogramme zeigen kaum Wirkung.

In einer von der „French Development Agency“ veröffentlichten Studie zeichnet sich folgendes Bild ab: Nimmt man in der westafrikanischen Region eine jährliche Bevölkerungswachstumsrate von 2 Prozent und eine durchschnittliche Wirtschaftswachstumsrate von 7 Prozent an, wird es fast 20 Jahre dauern, um das Pro-Kopf-Einkommen zu verdoppeln.⁵ Im gleichen Zeitraum (seit 1990 bis heute) konnte China sein Pro-Kopf-Einkommen um das 14-fache steigern.⁶

Zwar strömen Millionen junger Menschen auf den westafrikanischen Arbeitsmarkt, doch ihr volkswirtschaftliches Potenzial kann im Sinne einer demographischen Dividende nicht abgeschöpft werden: Der Großteil von ihnen ist weder gut ausgebildet, noch gibt es genügend Arbeitsplätze für sie. Einerseits ist das Angebot an beruflicher Ausbildung und Qualifizierung sehr gering, andererseits sind die Märkte aufgrund fehlender Wertschöpfungsketten, mangelnder Diversifizierung und

¹Bloom & Canning (2011): „Demographics and Development Policy“, PGDA Working Papers 6611, Program on the Global Demography of Aging.

²Bloom & Williamson: „Demographic Transitions and Economic Miracles in Emerging Asia“, in: World Bank Econ Rev (1998) 12 (3), S. 419-455.

³<http://www.cgdev.org/blog/west-africa-demographic-dividend-not-given>

⁴http://www.un.org/en/development/desa/population/theme/family-planning/cp_model.shtml

⁵<http://www.afd.fr/webdav/site/afd/shared/PUBLICATIONS/RECHERCHE/Scientifiques/A-savoir/09-VA-A-Savoir.pdf>

⁶<http://de.statista.com/statistik/daten/studie/220596/umfrage/jaehrliches-pro-kopf-einkommen-der-haushaltsmitglieder-in-china/>

einem großen informellen Sektor nicht in der Lage, genügend Beschäftigungsmöglichkeiten zu schaffen. Um das Zusammenspiel von Ökonomie und Demografie gewinnbringend nutzen zu können, muss der Arbeitsmarkt verbessert und die demografische Abhängigkeitsquote gesenkt werden, also der Anteil wirtschaftlich abhängiger Personengruppen (Kinder und Alte) verglichen mit der Zahl erwerbsfähiger Bürger. Nur unter diesen Voraussetzungen können Letzere ihr Einkommen investieren und so dazu beitragen, die wirtschaftliche Entwicklung in Gang zu bringen. Schauen die Regierungen dem Bevölkerungswachstum jedoch weiter unbeteiligt zu, bietet sich ein besorgniserregendes Szenario, in dem Armutsbekämpfung und Entwicklung zu schier unüberwindbaren Hindernissen werden. Dies hat mittelfristig auch Auswirkungen auf die Situation in den Industriestaaten.

Wirkungen des Bevölkerungswachstums

Dieser Abschnitt veranschaulicht die transkontinentale Dimension der Probleme, die sich aus einem Bevölkerungsboom in Sub-Sahara Afrika ergeben.

Die Konsequenzen eines unkontrollierten Bevölkerungswachstums sind umfangreich, denn sie betreffen alle Aspekte des gesellschaftlichen Lebens und sind schon jetzt spürbar. Der Unmut junger, frustrierter Menschen entlädt sich bereits in sozialen Unruhen. Das hat Anfang 2014 der Generalstreik in Benin gezeigt, der das öffentliche Leben monatelang lähmte. Hinzu kommen latent schwache staatliche Institutionen, die große Schwierigkeiten haben, Sicherheit und politische Stabilität zu gewährleisten.

Interethnische und religiöse Konflikte in Nigeria und die Krise in Mali zeigen, wie fragil die Situation in der Region ist. Die aktuelle Entwicklung zeigt, dass sich den Konfliktparteien aus Mangel an Alternativen mehr, vor allem junge Menschen, anschließen. Dieser Trend ist besorgniserregend. Die Zahl der Erwerbsfähigen wird bis 2030 allein in Nigeria auf 125 Millionen ansteigen⁷, doch schon heute ist unter den 15-35-jährigen im Durchschnitt mehr als jeder Zweite arbeitslos⁸. Gelingt es nicht, die Arbeitslosenrate zu senken, bietet die Situation einen idealen Nährboden für Terrorismus, bewaffnete Konflikte und Kriminalität.

Laut einem Bericht der Westafrikanischen Drogenkommission erreicht der illegale Drogenhandel in der Region derzeit neue Dimensionen. Allein der Kokainhandel, der auf 1,25 Milliarden Dollar geschätzt wird, übertrifft die staatlichen Budgets mehrerer westafrikanischer Länder zusammengenommen. Westafrika ist einer der Hauptumschlagplätze auf der Route nach Europa und fördert so die Ausbreitung krimineller Netzwerke auf und zwischen den Kontinenten⁹. Für die organisierten Banden ist die Rekrutierung neuer Mitglieder durch die steigende Anzahl junger Menschen ohne Zukunftsperspektive leicht.

Drogenhandel gilt als erster Schritt in die internationale Kriminalität, die nächsten Schritte führen zu Geldwäsche, Waffen- und Menschenhandel.

⁷ <http://esa.un.org/unpd/wpp/Demographic-Profiles/pdfs/566.pdf>

⁸ National Bureau of Statistics Nigeria (2012): National Baseline Youth Survey.

⁹ WACD (2014): Not just in transit: Drugs, the State and Society in West Africa, <http://www.wacommissionondrugs.org/report/>

Welche Optionen bleiben? Viele entscheiden sich, ihr Glück in den urbanen Zentren zu suchen. Lebten 1950 nur 15 Prozent der Menschen in Afrika in den Städten, werden es 2030 fast 50 Prozent sein. Nigeria gehört, nach Indien und China, zu den Ländern mit den höchsten Urbanisierungsraten weltweit¹⁰. Diese Entwicklung stellt westafrikanische Städte schon heute in vielen Bereichen vor enorme Probleme. Der Bedarf an trinkbarem Wasser, Nahrungsmitteln und Energie steigt um ein Vielfaches. Im Gesundheits- und Bildungssystem fehlen Ressourcen und Kapazitäten. Insbesondere in den immer größer werdenden Slum- und Squattersiedlungen sind die Verhältnisse bereits heute schwierig. Der Mangel an sanitären Anlagen sowie Wasser- und Abwassersystemen stellt ein erhebliches Risiko für die Verbreitung von Seuchen und Krankheiten dar. Das Fehlen sanitärer Einrichtungen ist ein kritischer Faktor für die Eindämmung von Seuchen, wie das Ausmaß der Ebola-Epidemie es aktuell eindringlich zeigt.

Westafrika ist das Drehkreuz der Migrationsströme in Sub-Sahara-Afrika. Immer mehr Menschen entscheiden sich weiter als nur zur nächsten Stadt zu ziehen. Zu einem Großteil bewegen sich die Migranten auf der Suche nach besseren ökonomischen Möglichkeiten innerhalb der ECOWAS-Region (ECOWAS: Economic Community of West African States). Doch entscheiden sich jedes Jahr immer mehr für den langen und gefährlichen Weg nach Europa.¹¹ Die EU gibt zwar Milliarden für die Sicherung des Zugangs zur „Festung Europa“ aus. Ob sie mit mehr Zäunen und Überwachungssystemen ein strukturell begründetes Migrationsproblem lösen kann, das festgefahrene politische und ökonomische Ungleichheiten zur Ursache hat, scheint jedoch eher fraglich.

Ein weiteres Problem des rapiden Bevölkerungswachstums geht mit dem Klimawandel einher. Studien zeigen, dass die Sahelregion, zu der unter anderen Mali, Niger, Burkina Faso, Mauretanien, Nordnigeria und Senegal gehören, am stärksten vom Klimawandel betroffen ist. Mit der steigenden Erderwärmung treten Dürren und Überschwemmungen immer häufiger auf, während gleichzeitig immer mehr Menschen mit Nahrung und Wasser versorgt werden müssen. Die durch den Klimawandel verursachten Störungen im Ökosystem können zu Reduktionen in der Agrarproduktion führen und stellen somit ein großes Risiko für die Lebensmittelsicherheit in einer Region dar, in der bereits viele Menschen unter Mangel- und Unterernährung leiden.¹²

Alle diese Herausforderungen zeigen, was für eine Bedeutung der Faktor Bevölkerungsentwicklung hat. Bei der Senkung der Sterblichkeitsrate von Kindern und Müttern, die in den „Millennium Development Goals“ festgehalten wurden, haben westafrikanische Staaten erste wichtige Erfolge erreicht¹³. Auch wenn hier noch viel zu tun bleibt, muss parallel dazu der nächste Schritt darin bestehen, die Geburtenrate zu senken. Ansonsten werden die Staaten den Babyboom nicht auffan-

¹⁰ UN (2014): World Urbanization Prospects, <http://esa.un.org/unpd/wup/Highlights/WUP2014-Highlights.pdf>

¹¹ <https://www.iom.int/cms/west-africa>

¹² Intergovernmental Panel on Climate Change (2014): A regional breakdown, http://treealerts.org/wp-content/uploads/2014/03/IPCC_AR5_WG2_Regional_Breakdown_16Mar2014.pdf

¹³ <http://www.undp.org/content/undp/en/home/librarypage/mdg/mdg-reports/africa-collection/>

gen können und die Chance auf eine demografische Dividende entwickelt sich zu einer demografischen Katastrophe.

Perspektiven

Bei all den Zahlen und Statistiken zum Bevölkerungswachstum darf nicht vergessen werden, dass das Aggregat dieser Berechnungen auch auf individuellen Entscheidungen von Menschen basiert. Die demographische Entwicklung hängt davon ab, welche Antworten der einzelne auf die Fragen seiner Lebensgestaltung finden wird: Wie viele Kinder möchte ich haben? Wie viele Kinder brauche ich, um mich abzusichern? Benutze ich moderne Verhütungsmethoden? Bringe ich meine Kinder im Krankenhaus oder zu Hause auf die Welt?

Viele Frauen in Westafrika stehen zusätzlich vor der Frage: Bin ich befähigt, diese Entscheidungen selbst zu treffen?

Den Bürgern bei diesen Fragen zu helfen, ihnen Perspektiven und Möglichkeiten aufzuzeigen, ist zu vor allem eine Aufgabe der Regierungen. Diese können nicht unbeteiligt auf den demographischen Wandel warten, sie müssen ihn aktiv begleiten, mit konkreten Programmen und finanziellen Mitteln.

Der Blick nach Ostasien zeigt dies: Dort wird der Rückgang der Fertilitätsraten in den ostasiatischen Ländern zu 40 Prozent auf staatliche Familienplanungsprogramme zurückgeführt.¹⁴ Die OECD macht in einer Studie darauf aufmerksam, dass Lateinamerika im Zeitraum 1965 bis 1990 ähnliche demographische Strukturen wie Ostasien aufwies, jedoch nicht dieselben wirtschaftlichen Wachstumsraten erreichen konnte. Der Unterschied liegt in der Fähigkeit der Politik, durch starke Institutionen und gute Regierungsführung den maximalen Nutzen aus der demographischen Dividende zu ziehen¹⁵.

Im Rahmen der Weltbevölkerungskonferenz 1994 in Kairo verabschiedeten 179 Staaten ein Aktionsprogramm, das die internationale Verpflichtung zur Verwirklichung sexueller und reproduktiver Gesundheit und Rechte festschreibt. Danach sollen alle Menschen bis 2015 einen Zugang zu Aufklärung und Familienplanung haben, zu „sicheren, wirksamen, erschwinglichen und akzeptablen Familienplanungsmethoden ihrer Wahl“ sowie zu Gesundheitsversorgung rund um Schwangerschaft und Geburt. Davon ist man jedoch noch weit entfernt. Weltweit würden mehr als 220 Millionen Frauen gerne verhüten, doch fehlt Ihnen die Möglichkeit dazu¹⁶. In Westafrika liegt der Anteil verheirateter Frauen, die moderne Methoden der Familienplanung anwenden, bei gerade mal 10 Prozent.¹⁷ Die Ursachen hierfür sind vielschichtig: Der niedrige Bildungsstand der weiblichen Bevölkerung, mangelhafter Zugang zu Verhütungsmitteln sowie kulturelle Werte, die Kinderreichtum mit gesellschaftlichem Ansehen gleichsetzen. Nach der idealen Familiengröße gefragt, geben Frauen im Schnitt fünf Kinder an¹⁸. Der sozio-kulturelle Druck auf kin-

¹⁴Bloom & Williamson (1997): Demographic Transitions and Economic Miracles in Emerging Asia, Working Paper 6268, S.9

¹⁵ OECD (2000): Die kreative Gesellschaft des 21. Jahrhunderts, S.43 f.

¹⁶<http://www.weltbevoelkerung.de/aktuelles/details/show/detail/News/sexuelle-und-reproduktive-gesundheit-und-rechte-fuer-alle.html>

¹⁷<http://www.weltbevoelkerung.de/laenderdatenbank.html>

¹⁸ US Aid (2010): Desired Number of Children, <http://dhsprogram.com/pubs/pdf/CR25/CR25.pdf>

derlose Frauen ist nirgendwo größer als hier. Dies zeigt, dass das Bereitstellen von Verhütungsmitteln ein erster wichtiger Schritt ist, der jedoch von einer Vielzahl weiterer Instrumente begleitet werden muss.

Die gesellschaftliche Stellung der Frauen zu stärken und ihnen dabei zu helfen, ihre Rechte wahrzunehmen, ist eines davon. Studien zeigen, dass die Kinderanzahl in Familien sinkt, wenn Frauen Mitspracherechte bei der Familienplanung haben. Daher wird die Gleichstellung der Geschlechter „als eines der wichtigsten Instrumente erachtet, um das reproduktive Verhalten zu ändern.“¹⁹ Um einen Mentalitätswandel einzuleiten, müssen nicht nur Frauen über ihre Rechte aufgeklärt werden, ebenso gilt es, traditionelle und geistliche Autoritäten in die Programme einzubinden, um eine möglichst breite Legitimationsbasis zu schaffen. Verhaltensänderungen sind im Allgemeinen schwer zu erreichen, noch größer ist die Herausforderung bei kulturell sensiblen Themen wie der Familiengestaltung. Aus diesem Grund muss das Thema in die Gemeinden hineingetragen werden und darf nicht ausschließlich in Gesundheitszentren diskutiert werden, die sich oft weit weg vom Alltag der Menschen befinden. Programme zur gezielten Aufklärung über Märchenabende und Theater- oder Filmvorführungen in lokalen Sprachen sind dabei besonders erfolgreich.

Aufklärung und Bildung gehören zu den entscheidenden Faktoren, um das Bevölkerungswachstum zu verlangsamen. Studien zeigen, dass das Bildungsniveau von Frauen erheblichen Einfluss auf die Kinderanzahl und die Zahl ungewollter Schwangerschaften hat. Junge Frauen ohne Sekundarabschluss weisen viermal höhere Geburtenraten auf als Frauen mit Abschluss.²⁰ Daher muss der Verbesserung der Bildungsangebote im Bereich weiterführender Schulen besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden. Parallel dazu müssen den Menschen aber auch wirtschaftliche Alternativen zur Großfamilie geboten werden, sodass kleinere Familiengrößen als Vorteil wahrgenommen werden, von dem nicht nur die breite Bevölkerung, sondern auch die eigene Familie profitieren kann.²¹

Verbesserungen im Gesundheitssystem sind ein weiterer notwendiger Schritt, der auch die Menschen in Ostasien dazu bewegt hat, weniger Kinder zu zeugen. Um ihre ideale Familiengröße zu erreichen, sahen sie es aufgrund einer verbesserten medizinischen Versorgung nicht mehr als notwendig an, Kinder über ein tatsächlich gewünschtes Maß hinaus zu bekommen. So setzt sich die Stiftung Weltbevölkerung dafür ein, Gesundheit in der nationalen und internationalen Entwicklungszusammenarbeit als politische Priorität zu verankern und die Bevölkerungsproblematik in die „Post 2015 Development Agenda“ aufzunehmen.²² Die Aufgabe entwicklungspolitischer Organisationen sollte prioritär darin bestehen, den Dialog mit den Regierungsverantwortlichen zu suchen und sie für die Dringlichkeit dieser Problematik zu sensibilisieren. Dabei geht es nicht darum, die Modelle ostiasi-

¹⁹ Berlin-Institut Bevölkerung und Entwicklung (2011): Afrikas demografische Herausforderung, S. 42

²⁰ <http://menschliche-entwicklung-staerken.dgvn.de/meldung/bevoelkerungsentwicklung-verschaerft-armut-in-afrika/>

²¹ <http://www.berlin-institut.org/online-handbuchdemografie/entwicklungspolitik/bildung.html>

²² <http://www.weltbevoelkerung.de/informieren/globale-gesundheit.html>

scher Staaten blind zu kopieren. Der Fall China zeigt auch, dass sich eine Ein-Kind-Politik auf lange Sicht negativ auswirken kann. Die Wirtschaftsmacht steht nun einer demografischen Krise gegenüber, da der Anteil Erwerbsfähiger sinkt, während diese gleichzeitig für immer mehr Rentner aufkommen müssen und dies eine enorme Bürde für die Wirtschaft darstellt.

Jedes Land muss seine eigene Formel finden, die den jeweiligen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen gerecht wird. Doch zeigt der Blick nach Asien deutlich, dass staatliche Unterstützung im Bereich Familienplanung, Gesundheit und Bildung notwendig ist, um Fertilitätsraten zu senken und somit tatsächliche Chancen auf Entwicklung zu eröffnen. Wird der aktuelle Trend nicht gestoppt, wird jeder Entwicklungsfortschritt von der demografischen Entwicklung eingeholt und überkompensiert.

Die Entwicklung im Süden hat durchaus Auswirkungen auf den Wohlstand im Norden. Daraus ergeben sich ein Interesse sowie eine hohe Verantwortung der Industrienationen, sich für eine sozial gerechte und umweltverträgliche Bevölkerungsentwicklung einzusetzen. Ob die westafrikanischen Staaten eines Tages von der „demografischen Dividende“ profitieren können, hängt maßgeblich davon ab, ob ihre Bürger gewillt sind und befähigt werden, neue Antworten auf Fragen der Familienplanung zu finden und sich dabei auf gute und verantwortliche Regierungsführung verlassen können.

Autorin: Maja Augustinović

Die Autorin ist Praktikantin der Hanns-Seidel-Stiftung in Ouagadougou, Burkina Faso

Redaktion:

Ralf Wittek, Auslandsmitarbeiter der Hanns-Seidel-Stiftung in Westafrika

IMPRESSUM

Erstellt: 27. August 2014
Herausgeber: Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Copyright 2014
Lazarettstr. 33, 80636 München
Vorsitzende: Prof. Ursula Männle
Hauptgeschäftsführer: Dr. Peter Witterauf
Verantwortlich: Dr. Susanne Luther
Leiterin des Instituts für Internationale Zusammenarbeit
Tel. +49 (0)89 1258-0 | Fax -359
E-Mail: iiz@hss.de, www.hss.de